

Ökosozial und nachhaltig

Eine ökosoziale Steuerreform bringt laut Experten allen was – dennoch, in Österreich liegt sie auf Eis, obwohl bereits 18 Länder weltweit eine CO₂-Steuer eingeführt haben oder diese zumindest fixiert haben. Eine Diskussion, die zum Nachdenken anregt.

GISELA GARY

Österreich schneidet in puncto Klimaschutz nicht gut ab – laut dem aktuellen Klimaschutzbericht rücken die Emissionsziele in die Ferne, die Klimaschutzstrategie ist zwar fertig, aber immer noch nicht beschlossen. Rund eine Milliarde Euro kostet der Klimawandel Österreich bereits jetzt schon. An die zehn Prozent der Treibhausgas-Emissionen stammen aus Gebäuden. Laut Wifo fördert der österreichische Staat zudem umweltschädlich: Bis zu 4,7 Milliarden Euro werden in Österreich jedes Jahr in Förderungen gesteckt, die auf die Umwelt negative Auswirkungen haben – davon 275 Millionen Euro in den Wohnbau: Pendlerpauschale, Diesel wird indirekt gefördert, Energieabgabenvergütung für die energieintensive Industrie, fehlende Kerosinsteuer, etc.

Verhaltensveränderung erforderlich

Ein mögliches Instrument für dieses fiskalische Dilemma kann eine ökosoziale Steuerreform sein, bis zu einer verbrauchsabhängigen, aufkommensneutralen Besteuerung des Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Entlastung der Lohnnebenkosten. Claudia Kettner-Marx vom Wifo, betont die Rolle einer CO₂-Steuer für die angestrebte Dekarbonisierung: „Wenn die



Foto: Pixabay

Einnahmen aus einer solchen Steuer aufkommensneutral z. B. zur Senkung der Einkommensteuer verwendet werden, ist eine doppelte Dividende durch Umwelt- und Beschäftigungseffekte möglich.“ Primär ist jedoch eine Verhaltensveränderung erforderlich, wie auch Martin Treberspurg, Architekt und im Ausschuss Nachhaltiges Bauen, bestätigt und sich gleichzeitig für eine ökosoziale Steuerreform ausspricht: „Eine aufkommensneutrale Ökosteuer bei gleichzeitiger Reduktion der Lohnsteuer kann die Energieeffizienz im Neubau und die Sanierung bei gleichzeitiger Forcierung richtungsweisender Innovationen wie smart City Konzepten und Plusenergiehäuser begünstigen. Nachhaltige Gebäude weisen nicht nur einen geringeren Ressourcenbedarf auf, sie bieten auch ein überdurchschnittlich angenehmes Wohnklima und seien zudem zukunftssicher. Die Politik muss jetzt Taten setzen.“

Stefan Schleicher vom Wegener Center für Klima und Globalen Wandel an der Universität Graz äußert sich eher zurückhaltend zu den direkten Lenkungswirkungen einer CO₂-Steuer hinsichtlich der Emissionsreduktion von Gebäuden. Vielmehr nimmt seiner Meinung nach der Bausektor selbst eine Schlüsselstellung ein und die Akteure sollten sich der Frage stellen, wie hoch das verbleibende CO₂-„Budget“ mit Blick auf die für 2050 angestrebte Treibhausgasneutralität, über-

Den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen – diese Situation droht, wenn nicht bald etwas passiert: Der Klimaschutz sollte forciert werden.

haupt noch ist: „Da in dieser Rechnung die Gebäudeemissionen auf zehn Prozent ihres jetzigen Wertes zu reduzieren sind, stellt sich eine weitere Frage – welche Qualitäten müssen Neubauten heute schon aufweisen, um 2050 noch tauglich zu sein?“ Schleicher führt fünf Kriterien an, die vor allem auf Energieerzeugung und -speicherung abzielen: 1. höchste thermische Qualität; 2. die Bauteilaktivierung für eine Regelung der Raumtemperatur und Speicherung mit der Gebäudemasse; 3. eine aktive Funktion bei der Energiebereitstellung (zum Beispiel durch gebäudeintegrierte Photovoltaik); 4. die Nutzung der Fundamente für Geothermie und Erdspeicher; 5. die Einbindung der Gebäude in die Energienetze, konkret: dezentrale Elektrizität, Energienetze zum Recycling von Abfallwärme, Gasnetze für dezentrale Energiebereitstellung über Wärme-Kraft-Kopplung auf immer kleineren Skalen und Informationsnetze zur gemeinsamen Steuerung aller Komponenten.

Eine präzise Checkliste – die spielend leicht in die Bauordnungen übernommen werden könnte und der Planer- und Bau-szene effektiv helfen würde, den Wald vor lauter Bäumen nicht zu übersehen.